Bundesregierung will sich für religiöse Minderheiten einsetzen

17. Januar 2023



Berlin / Aachen (KNA) Zum Tag der Religionen am Sonntag haben sich die Bundesregierung und das katholische Hilfswerk missio Aachen für ein stärkeres Engagement für Religionsfreiheit weltweit ausgesprochen.

Die Bundesregierung kündigte an, sich für besonders verwundbare religiöse Minderheiten einzusetzen. „Ich setze mich als Beauftragter weiterhin dafür ein, dass Diskriminierung und Verfolgung religiöser Minderheiten öffentlich gemacht, der Schutz vor Bedrohung und Verfolgung verstärkt und die Situation religiöser Akteurinnen und Akteure der Minderheiten verbessert wird“, versprach der Beauftragte für weltweite Religions- und Weltanschauungsfreiheit, Frank Schwabe.

Missio-Präsident Dirk Bingener forderte die Bundesregierung insbesondere zu mehr Einsatz für die Religionsfreiheit indigener Völker auf: „National-religiöser Fundamentalismus und ökonomische Interessen tragen wesentlich dazu bei, dass indigene Gruppen wegen ihrer Religionszugehörigkeit diskriminiert werden. Darauf muss die Politik stärker reagieren.“

Derzeit gehören laut missio etwa 480 Millionen Menschen rund 5.000 indigenen Völkern in 90 Ländern an. Das Bundesentwicklungsministerium engagiere sich nach eigenen Angaben in den Bereichen Menschenrechte, Klima-, Waldschutz und Schutz vor Landraub für Indigene, so Bingener weiter. Dies sei „eminent wichtige Arbeit“. Aber die Regierung lege noch zu

wenig Augenmerk auf die Bedeutung der Religionsfreiheit für indigene Gruppen. Hier bestehe „hoher Handlungsdruck“. Wirtschaft und Politik müssten das Thema stärker in ihre Gespräche mit den betreffenden Ländern einbringen.

Der Beauftragte der Bundesregierung, Schwabe. betonte unterdessen, Religionszugehörigkeit habe verschiedene regionale Schwerpunkte. Und viele Gläubige gehörten, je nachdem wo sie leben, mal zur Mehrheits- und mal zur Minderheitsreligion: „Es gibt aber auch Religionsgemeinschaften, die stets eine Minderheit sind. Wie zum Beispiel die Bahai, die Ahmadiyya oder die Zeugen Jehovas.“

Angehörige der Bahai stünden besonders in Iran, Jemen sowie in Katar massiv unter Druck. Sie seien in allen drei Ländern groÿer Diskriminierung und Verfolgung ausgesetzt, so Schwabe weiter.

Auch die Ahmadiyya seien als religiöse Minderheit diskriminiert und verfolgt, so der Beauftragte weiter: „Gerade in Pakistan, wo in etwa vier Millionen Angehörige der Religionsgemeinschaft leben, sind sie im besonderen Maße von Verhaftungen und Anklagen wegen des Straftatbestands ‚Beleidigung des Islam‘ betroffen. Ihre Gotteshäuser werden regelmäßig abgerissen und Friedhöfe werden geschändet.“ Auch in anderen Ländern könnten Ahmadiyya nicht in Sicherheit leben. Erst vor wenigen Tagen seien neun Ahmadi-Muslime in einer Moschee in Burkina Faso getötet worden.

Vor allem in Russland seien die Zeugen Jehovas als religiöse Minderheit von staatlicher Diskriminierung und Verfolgung betroffen, ergänzte Schwabe. Es gebe Berichte über Misshandlungen und gewaltsame Verhöre. Angehörige der Zeugen Jehovas würden inhaftiert und zu Haftstrafen verurteilt. Russland selbst habe die Religionsgemeinschaft wegen angeblicher extremistischer Aktivitäten verboten.

© KNA

Beitragsbild: ahundt via pixabay.com

Stand: 17. November 2026